



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1919

46 (28.1.1919) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-183608](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-183608)

Mannheimer General-Anzeiger

Hauptredaktion: Dr. Fritz Gollmann, Straßburgerstraße 10, Mannheim. Dr. Fritz Gollmann, Straßburgerstraße 10, Mannheim. Dr. Fritz Gollmann, Straßburgerstraße 10, Mannheim.

Badische Neueste Nachrichten
Amtliches Verkündigungsblatt

Anzeigenpreise: Die Spalte Monatspreis für den bayerischen Bezirk 1) Pf., für den übrigen 2) Pf., für den übrigen 3) Pf., für den übrigen 4) Pf., für den übrigen 5) Pf., für den übrigen 6) Pf., für den übrigen 7) Pf., für den übrigen 8) Pf., für den übrigen 9) Pf., für den übrigen 10) Pf.

Der Völkerbund.

Richtlinien deutscher Politik.

Allmählich gewinnt das deutsche Volk etwas Zeit, sich um seine wichtigste Angelegenheit zu kümmern: den Friedensschluß. Ohne die Revolution würden wir in möglicher nationaler Geschlossenheit uns schon seit längerem mit den großen Problemen deutscher und europäischer Zukunft beschäftigen können. Vor allem hätten wir der ungeheuer intensiven Bearbeitung der Weltmeinung durch die Franzosen zugunsten des französischen Meins und der vollständigen Zertrennung Deutschlands unter Recht auf Fortführung eines großen nationalen Lebens, auf den „Alpen als Deutschlands Strom, nicht Deutschlands Grenze“ in viel nachdrücklicher Weise entgegengehen können, wenn wir nicht alle Hände voll zu tun gehabt hätten mit dem inneren Umbau. Welchen Schaden wir dadurch nehmen werden, werden wir erst später übersehen können. Ob und wieviel wir der französischen Hauptpolitik noch entgegenarbeiten können, hängt außerordentlich vielen Faktoren ab. Von der klaren Erkenntnis der diplomatischen Lage in Paris vor allem und von der Geschicklichkeit unserer Unterhändler, sie zugunsten Deutschlands wenn nicht zu wenden, so doch auszunutzen, so weit das noch möglich ist.

Wie ist nun die diplomatische Lage? Man hat wohl gesagt, sie ähnelte der vom Dezember 1814, als auf der einen Seite Rußland, Oesterreich, Preußen und England, die Quadrupel-Allianz genannt, und auf der anderen Seite Frankreich Frieden schloßen in Wien.

Die Alliierten mißtrauten sich gegenseitig und mißgönneten einander ihre Beute, resp. die begehrten Angleicherungen von Land und Leuten. Der französische Minister Talleyrand mußte diese Lage in derart geschickter Weise aus, daß er sich dazu aufschwingen konnte, den Frieden zu diktieren.

Er brachte es fertig, daß am 3. Januar 1815 eine Geheimallianz zwischen Oesterreich, England und Frankreich gegen Preußen und Rußland abgeschlossen wurde. Es wäre natürlich überflüssig anzunehmen, daß auch heute eine Sprengung der gegen uns gerichteten Koalition so leicht wie 1814 erfolgen könnte.

Ganz gewiß sind die Gegensätze zwischen Wilson auf der einen Seite und Clemenceau und Lloyd George auf der anderen recht stark. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß Wilson nicht ein neues Mächtegleichgewicht schaffen will, sondern einen großen Völkerbund, den Gedanken dieses Bundes sieht er durch die Stimmrechtsabstimmung in England und Frankreich bedroht. Also ist es ihm zunächst nur um die Dämpfung dieser Stimmung und die Zurückdrängung der übertriebenen Ansprüche der Westmächte zu tun.

Deutsche Unterhändler, die des Glaubens wären, mit allen Mitteln eine Spaltung unter den Gegnern herbeiführen zu können, wären also durchaus nicht am Platze. Denn Wilson will durchaus nicht von der französisch-englischen auf die deutsche Seite hinübergehen. Er ist lediglich in der Lage eines Mannes, der zwei Freunden gegen einen starken Dritten helfen hat, der aber großes Interesse daran hat, daß dieser Dritte von den erbitterten und durch den Sieg übermäßig gewordenen Freunden nicht totgeschlagen wird. Er will die Freunde wohl zu ihrem Recht kommen lassen, aber er sieht weiter wie sie. Er will möglichst eine Verjöhnung zwischen den Freunden und ihrem Gegner.

Wilson hat immer den Völkerbundgedanken im Auge und eine grobhartige Neuregelung der Weltbeziehungen, die er mit seinem Namen verknüpft sehen will. Er betrachtet, wie er am Samstag ausgeführt hat, den Völkerbund als den Ausgangspunkt zum ganzen Friedensprozeß. Er will mit den alten Formen der Geheimdiplomatie brechen, an denen wenigstens Clemenceau noch zäh festhält. Und nach bisheriger Auffassung auch Lloyd George, der bei der großen Völkerbundsdebatte in der Frage der Liga der Nationen eine ausweichende Antwort gegeben hatte. Nach den heutigen Mitteilungsblättern mitgeteilten Versicherungen von Camille Hussman wäre Lloyd George mit Wilson über den Völkerbund allerdings einig. Aber man darf dieses Urteil wohl mit einiger Skepsis aufnehmen.

Wenn wir nun glauben wollten, im Sinne der Geheimdiplomatie mit Wilson eine Geheimallianz schließen zu können nach dem Muster der vom 3. Januar 1815, dann wären wir sehr schlecht beraten. Darauf wird sich der Präsident der Vereinigten Staaten nicht einlassen. Dagegen würden unsere Unterhändler gute Arbeit leisten durch eine Unterstützung der Wilsonschen Absichten. Wir können dadurch eine Zurückdrängung der zu weit gehenden Ansprüche der Westmächte erreichen und unserem Volke Lust zum Wiederaufbau schaffen.

Man hört vielfach sagen, Wilson hätte den Westmächten gegenüber kein Druckmittel in der Hand. Aber das ist sehr falsch. Augenblicklich zwingen die Vereinigten Staaten die Entländer ihnen Schiffe zu verkaufen, die während des Krieges in amerikanische Dienste getreten waren. Die Vereinigten Staaten sind im Kriege schwerreich geworden, das arme England verhältnismäßig arm. Die Weltmacht verstehen die Vereinigten Staaten vorzüglich auszunutzen. Durch Androhung der Zurückhaltung von Petroeum, Baumwolle, Getreide können die Vereinigten Staaten Enosland zu jeder Konzession zwingen. Frankreich aber ist ohne sie hilflos. Wilson hat sehr starke Trümpfe in der Hand, und er ist der Mann, sie auszuspielen. Natürlich muß er sehen, daß ihm kein Spiel nicht von uns verbrochen wird.

Das scheinen uns so etwa die Richtlinien deutscher Politik für die Friedenskonferenz sein zu müssen.

Englische Kommentare zur Völkerbundsdebatte. Amsterdam, 27. Januar. (WB.) Die Reuter meldet, schreibt der „Daily Telegraph“ über die Sitzung der Friedenskonferenz vom Samstag. Sie habe einen guten Anfang für die Weltregelung gemacht. Man kann nicht hoch genug

die Dringlichkeit der Arbeiten der Konferenz betonen. Es sei zu hoffen, daß jetzt die Regelung rasch vorantreten gehen werde.

„Daily Chronicle“ schreibt, die Annahme der Entschleunigung Wilsons habe schon von vornherein festbestanden, aber in einem früheren Stadium des Krieges würde das nicht der Fall gewesen sein. Man kann die Annahme der Entschleunigung denn auch als ein gutes Ergebnis betrachten. Die Zukunft des Völkerbundes wird in weitestgehendem Maße von der Zukunft Deutschlands und Polens abhängen. Durch die Tätigkeit, die die Delegierten der fünf Großmächte in Paris bezüglich der mit diesen Ländern zusammenhängenden Fragen entfaltet haben, wird der Völkerbund ebenso gefördert wie durch die Beschlüsse der Konferenz.

„Daily News“ ist der Ansicht, daß noch nie zuvor ein für das Zusammenleben der Völker so wichtiger Beschluß gefaßt worden sei. Er bedeutet die Schaffung einer neuen Welt.

Die „Daily Mail“ schreibt, die Friedenskonferenz konstatierte, daß die Schwierigkeiten kleiner würden, sobald man sich mit ihnen befasse. Wenn die verschiedenen Kommissionen mit dem Vorbehalt an die Arbeit herantreten, ihre Untersuchungen in 10 Tagen zu beenden, würden die tatsächlichen Beschlüsse der Konferenz, nicht mehr fern sein.

Die „Times“ meint, die wertvolle Arbeit, die am 25. Januar geleistet wurde, verspricht für die Zukunft eine raschere Abwicklung der Arbeit.

Zurückführung der Kolonialfragen.

Berlin, 28. Jan. (Von unfr. Berl. Büro.) In Paris glaubt man in Konferenzkreisen, daß eine weitere Erörterung der Kolonialfragen wegen aktueller Fragen zurückgestellt werden würde. Hierzu wird bemerkt, daß die von den Alliierten schon gestern gebrachte Rede des französischen Kolonialministers Simons, in welcher er Logo und Komern für Frankreich verlangt haben soll, als nicht gehalten demontiert wird.

Die bolschewistische Frage.

Paris, 28. Jan. (Eigener Drohber. Indirekt.) In der bolschewistischen Frage ist Präsident Wilson mit seinem ursprünglichen Standpunkt nicht durchgedrungen. Er bereitet eine diesbezügliche Note vor und wird mit Wood Georges darüber Besprechungen haben. Die Alliierten sind entschlossen, wie sich auch die Bolschewisten verhalten mögen, auf keinen Fall Truppenkontingente aus Rußland zurückzuführen. Wilson ist zu der Ansicht gekommen, daß eine einzige Konferenz die russische Frage nicht lösen kann. Frankreich verfolgt in diesem Punkt die Politik des verhärteten Stachelhügels, was einen diplomatischen Sieg Frankreichs bedeuten würde.

Die jetzigen Mittel der Entente gegen Rußland erschöpft.

Berlin, 28. Jan. (Von unfr. Berl. Büro.) Aus Zürich wird gemeldet: Nach einer Mitteilung der Neuen Zürcher Zeitung aus Paris bereitet Wilson nach Rücksprache mit Wood George eine Note vor, welche erklärt, daß nachdem die Einladung an Rußland von den Bolschewisten nicht beantwortet worden sei, verhältnismäßig Mittel gegenüber Rußland erschöpft sind und es notwendig ist, daß die Alliierten ihre Truppenkontingente aus Rußland nicht zurückziehen, sondern zu einem festen Umfassungsgürtel verstärken.

Eine Bolschewistenversammlung in London.

Amsterdam, 27. Januar. (WB.) Dem Allgemeinen Handelsblatt zufolge berichtet die Times, daß am 18. Januar in London eine Bolschewistenversammlung abgehalten wurde, zu der nur Personen mit Eintrittskarten zugelassen wurden. In der Versammlung wurde die Organisation des Generalstreiks als erster Schritt zur Revolution besprochen. Die bolschewistischen Beriammelten behaupteten im Vergabereibverhand viele Anhänger zu haben und auch unter den Eisenbahn- und Transportarbeiter sich Anhänger verschaffen zu können. Es wurden Ausschüsse ernannt, die für die Versorgung der Revolutionären und ihren Familien mit Brennmaterial und Lebensmitteln sorgen wölen. Man hofft, daß im Falle eines großen Streiks der Industriearbeiter in London und in der Provinz die Londoner Polizei und ein Teil der Polizei in der Provinz sich passiv verhalten wird.

Widner geht nach Bern.

München, 28. Januar. (Privat-Tele.) Ministerpräsident Eisner, der gestern abend von Berlin nach München zurückkehrte, fuhr am nächsten Samstag oder Sonntag zu dem internationalen Sozialistenkongress nach Bern. Mit Widner werden auch für seinen Privatsekretär und für den unabhängigen Studenten Toller Pässe nach der Schweiz ausgestellt.

Die Nationalversammlung.

Verhandlungen über die provisorische Verfassung.

Berlin, 27. Januar. (WB.) Das Kabinett wird sich am Dienstag Vormittag mit dem Entwurf der provisorischen Verfassung beschäftigen. Heute besprachen die Regierungsoffiziere der deutschen Freistaaten den Verfassungsentwurf des Staatssekretärs Preuß. Die Sitzung wurde am Donnerstag Vormittag vertagt, weil zahlreiche Teilnehmer nach Weimar fahren mußten, um dort an der Zusammenkunft der deutschen Finanzminister teilzunehmen.

Die Reichskonferenz nach bayerischer Darstellung.

München, 28. Januar. (Privat-Tele.) Die Korrespondenz Hoffmann veröffentlicht heute einen amtlichen Bericht über die Reichskonferenz in Berlin. Es wird darauf Bezug genommen, daß die süddeutschen Teilnehmer die Berichte der Berliner Korrespondenz über den Verlauf der Tagung in den Zeitungen mit Erstaunen gelesen hätten; denn wird der wirkliche Verlauf geschildert. Es heißt da u. a.: Der bayerische Minister hatte im Einverständnis mit dem Ministerrat dem von seinem Kollegen Kuer vor einiger Zeit offiziell vertretenen Gedanken als Antrag eingebracht, im Interesse schnellster Herstellung einer aktionsfähigen Reichsgewalt die Nationalversammlung sofort beim

Zusammentritt die Annahme einer vorläufigen Verfassungsgrundlage zu empfehlen. Dieser Auffassung haben sich die württembergischen und badischen Vertreter angeschlossen. Mit ihr war auch eine Eintritte über den formulierten bayerischen Antrag erzielt, der sich auf den bekannten Resolutionen für die Wahlen eines Reichspräsidenten, Bildung eines Reichsministeriums und Bestimmung des Grundgesetzes, daß die Reichsregierung bisher nur unter entscheidender Mitwirkung der bundesstaatlichen Regierungen ergehen soll, aufbaut. Der sächsische und hessische Vertreter waren in einer Vorberatung grundsätzlich mit diesem Vorhaben einverstanden. Die Uebersetzung, daß ein solches Protokoll erstens notwendig ist, hat sich bei den süddeutschen Staaten nur verhalten können, als der Preussische Verfassungsentwurf erschien. Der Verlauf der Aussprache hat die Richtigkeit des bayerischen Vorschlages bestätigt. Die bayerische Annahme war daher absolut benutzbar, überdies in Berlin vorher bekannt. Angesichts der Kritik, die der Preussische Verfassungsentwurf traf, sah sich auch der bayerische Abgeordnete, entgegen seinem anfänglichen Widerspruch, veranlaßt, der Verammlung die Beratung eines solchen Protokolls vorzuschlagen. Hierfür wurde natürlich sofort auch in Berlin ein Entwurf ausgearbeitet, mit dem sich ein Staatenansatz, etwa wie mit dem bayerischen Antrag, am 26. Januar beschloß. Das Ergebnis dieser Beratung war die Annahme eines solchen Verfassungsentwurfes als die Durchführung der von Bayern ausgegangenen Annahme.

Einkommen- und Vermögenssteuer.

Berlin, 28. Januar. (Privat-Tele.) In der heute in Weimar stattfindenden Finanzkonferenz werden die süddeutschen Staaten dafür eintreten, daß die Einkommensteuer den einzelnen Staaten überlassen bleibt; diesem Standpunkt wird sich wahrscheinlich auch die sächsische Regierung anschließen. Die Vermögenssteuer soll dagegen an das Reich übertragen werden. Die einzelnen Staaten wünschen aber, daß sie die Zuschläge zu dieser Steuer für sich erhalten.

Der Anschluß Deutsch-Oesterreichs.

Wien, 28. Januar. (WB.) In kritischer Besprechung der Unterredung des Staatssekretärs Bauer mit dem Wiener Vertreter des Berliner Tageblattes über die Anschließfrage erklärte sich das Neue Wiener Tageblatt, welches bisher den Anschlußwünschen Bauers ablehnend gegenüberstand, unter der Voraussetzung mit dem Anschluß einverstanden, daß Oesterreich nicht zum Kolonialgebiet für die industrielle Ueberschneidung des deutschen Nordens wird. Das Blatt faßt zum Schluß: Wir können mit dem aus tausend Wunden blutenden Deutschland nicht martern und seiltschen, aber wir glauben, die Gewinnung des Zuwachses von 6-9 Millionen stammeswandigen Bürgern ist für Deutschland von solcher Bedeutung, daß es dafür schon gewisse Opfer bringen, gewisse Zugeständnisse machen und auf gewisse Vorurteile verzichten kann. Auch Wien ist eine Wette wert.

Die Wahlen in Preußen.

Berlin, 28. Jan. (Privat-Tele.) Das Gesamtergebnis für Köln-Stadt lautet: Zentrum 116 966, Sozialisten 138 904, Demokraten 27 684, Deutsche Volkspartei 15 993, Deutschnat. Volkspartei 8265, Unaffilierte 903 Stimmen. Köln-Land: Zentrum 21 917, Sozialisten 12 833, Demokraten 1211, Deutsche Volkspartei 722, Deutschnat. Volkspartei 169.

Koblenz, 28. Jan. (Privat-Tele.) Teilergebnis der Wahlen: Koblenz-Stadt: Zentrum 13 608, Deutsch-Demokraten und Deutsche Volkspartei 5438, Deutschnat. Volkspartei 936, Sozialdemokraten 4683.

Die Wahlen in Hessen.

Darmstadt, 27. Jan. Am letzten Sonntag haben auch im Freistaate Hessen die Wahlen zur gegenverfassunggebenden Volksversammlung stattgefunden. Zu wählen waren 70 Abgeordnete. Für das Wahlrecht galten dieselben Listen, wie zur Nationalversammlung.

Die Berichte stimmen darin überein, daß die Wahlbeteiligung geringer war als am 19. Januar. An dem dadurch bedingten Stimmenrückgang waren alle Parteien beteiligt, die Sozialdemokratie nicht ausgeschlossen. Die Wahlergebnisse aus den besetzten Gebieten Rheinbessens stiegen noch aus. Doch dürften, zumal Verschiebungen gegen die vorigen Wahlen kaum eingetreten sind, als gewählt gelten:

- 32 Sozialdemokraten
- 1 Unabhängiger
- 13 Zentrum
- 12 Demokraten
- 8 Deutsche Volkspartei
- 4 Hessische Volkspartei (inkl.)

Die Stimmengablen der Deutschen Volkspartei haben sich im allgemeinen gut behauptet. An vielen Stellen, besonders auf dem Lande, sind sie gestiegen. Wenn in Betracht gezogen wird, daß die Deutsche Volkspartei ohne Organisation in den Kampf gegangen ist, daß ferner verschiedene Vereine zur Demokratie übergegangen waren, so kann wohl die Deutsche Volkspartei mit diesem Ergebnis zufrieden sein. Der Demokratische Partei kam die Tatsache zugute, daß sie 4 Wochen früher als die Volksarte in die Wahlbewegung eintreten konnte, und daß ihre Agitation geeigneter war, den radikalen Strömungen dieser Tage Rechnung zu tragen.

Gänzlich versagt hat die sogenannte Hessische Volkspartei, die eine Sammlung aller rechtsstehenden Kreise (Bauernbündler, Antisemiten, Konervative) darstellt. Zum Reichstage vermag sie keinen Vertreter zu entsenden, in die Volksammer nur eine schwache Gruppe. Dem Zentrum hat das Verhältnismäßigrecht in Hessen eine ziffernmäßige Verteilung gebracht, wie nie zuvor.

Aus Stadt und Land.

Bürgerauschuss-Vorlagen.

Aufstellung der Abrechnungs- und Tagesproj. des Nationaltheaters.

Der Stadtrat hat beschlossen, auf die Abonnements- und Tagesprojekte des Nationaltheaters mit Wirkung vom 1. Januar 1919 ab einen Spruch-Ausschuss zu ernennen. Zur Begründung wird folgendes ausgeführt: Die Arbeiterschaft des Nationaltheaters hat die Abrechnung der 8-Stunden-Arbeitstages...

Verhandlungen mit den hiesigen Banken ergaben, daß die Aufnahme einer Anleihe zu 4 Prozent Zinsen und ihre feste Vergebung auf einen Hebernehmer der vorläufigen Beschränkung auf eine kleinere Summe...

Voranschlag des Nationaltheaters Mannheim.

Das technische Personal kostet 236 700 M. (mehr 44 000 M.). Dieser Mehraufwand wird durch die Einführung des achtstündentages vermindert, der eine Vermehrung des technischen Personals um 1 Theatermeister, 12 Bühnenarbeiter, 2 Regisseure, 2 Bedienter, 2 männliche und 2 weibliche Gensdarmen notwendig macht...

Weiteren Ausführungen zeigte er, wie die Darstellungsformen sich und in sich selbst und in der Öffentlichkeit, um den Bereich lebensfähig zu erhalten und denen, die durch die Kunst zu leben...

Vergnügungen.

In den Kammer-Kassieren (Mannh., D 2, 6) befindet sich gegenwärtig zu den Abendvorstellungen ein derartiger Andrang...

Kommunales.

Helldorf, 25. Jan. Der Stadtrat tritt mit Nach der von dem einzelnen Kommune gemachten und dem Stadtrat nachgeprüften Feststellungen...

Der Stadtrat hat folgenden Beschluß gefaßt: 1. Die Bezüge des Chorpersonals des Nationaltheaters werden mit Wirkung vom 1. September 1918 an wie folgt festgelegt: a) Chorherren...

Zur Begründung wird u. a. ausgeführt: Das Chorpersonal des Nationaltheaters hat unter Hinweis auf die bestehende Verfassung...

Aufnahme einer Anleihe.

Der Stadtrat hat beschlossen: 1. Zur Deckung der von dem hiesigen Kollegium bereits dimittierten oder im Einzelfall noch zu dimittierenden Anleihe für Bauten, Geländeverwerbungen...

Der Aufwand für die Gebäude wird auf 149 036 M. (weniger 14 541 M.) veranschlagt. Hierin entfallen 83 575 M. auf die an die Stadtbauverwaltung zu zahlende Miete für das Nationaltheater...

Staatsverpflichtung im Jagdrecht.

Im Einzelständnis mit dem Reichsernährungsministerium wurde Jagdrechtsgesetzminister Erwin Wohlgemuth...

Neue Sellenkarten.

Anscheinend bestehen immer noch Zweifel über die neuen Sellenkarten. Die Sellenkarte, die für die Monate Februar bis Juni 1919 gilt...

Ver einsnachrichten.

Lehrer-Gesangsverein in Ludwigshafen. Am Sonntag trafen sich die Mitglieder des Lehrerversamsins mit ihrem Familienangehörigen im Saale der 'Akkord'-Halle...

Aus dem Mannheimer Kunstleben.

Eene Waller-Draht (Mannh.) - Eene Hesse (Wolln.). Das Konzert der beiden geschiedenen Mannheimer Künstlerinnen findet am 12. Februar im Hofgarten statt.

Prof. Hans Hermann (Dresden) und Hg. Tiemer (Mannh.). Einen Abend- und Ballabend veranstalten Professor Hermann...

Hochschule für Musik in Mannh.-lm. Am Konzertsalle der Kunst, L. 2, 9a, finden im laufenden Unterrichtsjahe einige Kammermusikkonzerte statt...

Konzert des Philharmonischen Vereins. Komme gerne dem Wunsch nach, bezüglich zu bemerken, daß die vorliegende Konzertprogramm von Brahms' D-dur-Symphonie unter Wilhelm Furtwänglers Leitung am 11. Dezember 1917 stattfand.

W. T. R.

